

Donnerstag (Nachmittag), 4. Juni 2015

Finanzdirektion

33 2014.RRGR.866 Motion 155-2014 Schnegg (Champoz, SVP) Mehr finanziellen Handlungsspielraum für den Kanton Bern

Vorstoss-Nr.: 155-2014
Vorstossart: Motion
Eingereicht am: 29.08.2014

Eingereicht von: Schnegg (Champoz, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 1

RRB-Nr.: 115/2015 vom 01. Juni 2015
Direktion: Finanzdirektion

Mehr finanziellen Handlungsspielraum für den Kanton Bern

Der Regierungsrat wird aufgefordert, Massnahmen zu treffen, um den Personalbestand der Kantonsverwaltung per 31. 12. 2016 um mindestens 10 Prozent, d. h. um 800 Vollzeiteinheiten (VZE) zu kürzen (Basis Personalbestand 2013: 17 917 VZE). Nicht betroffen sind die Universität und die Hochschulen (5942.9 VZE), die Psychiatrie (auf dem Weg der Verselbstständigung, 1768 VZE) und die Kantonspolizei (rund 2300 VZE). Als Grundlage für die Massnahme gelten somit die verbleibenden 7900 VZE.

Begründung:

Mit der Streichung von 800 Vollzeiteinheiten (VZE) beim Personalbestand des Kantonspersonals (nicht betroffen sind die Lehrkräfte, das Personal von Universität und Hochschulen, die Psychiatrie und die Kantonspolizei) können jährlich rund 80 Millionen Franken eingespart werden.

Die Zahl der Vollzeiteinheiten beim Kantonspersonal ist von 13 342 im Jahr 2004 auf 17 917 im Jahr 2013 angewachsen. Dies sind 4575 neue Vollzeitstellen, was einem jährlichen Aufwand von 460 Millionen Franken entspricht (1 VZE entspricht im Kanton Bern einem durchschnittlichen Jahresbruttogehalt von 100 411 Franken.¹)

In dieser Zeitspanne gab es verschiedene Veränderungen zur Herabsetzung der Arbeitslast in der Kantonsverwaltung, wie etwa:

- die Reduktion der Anzahl Regierungsstatthalterämter
- die Reduktion der Anzahl Gemeinden
- Verselbstständigung verschiedener kantonaler Stellen (in Aktiengesellschaften), wie z. B. Spitäler und in Bälde die Psychiatrie
- Ausfüllen der Steuererklärung per Internet
- Entwicklungen in den Bereichen Informatik und Internet

Und dennoch hat das Kantonspersonal um 34,29 Prozent zugenommen.

Es ist somit dringlich, rasche Massnahmen zu ergreifen, damit unser Kanton finanziell wieder einen grösseren Handlungsspielraum erhält, dies im Hinblick auf die zahlreichen Herausforderungen, die ihn erwarten, und um diese «administrative Inflation» zu stoppen.

Die ASP-Massnahmen betrafen insbesondere die vom Kanton angebotenen Leistungen, wobei die

¹ HR-Reporting 2014, Seiten 1 und 5

<http://www.be.ch/portal/fr/veroeffentlichungen/statistiken.assetref/content/dam/documents/FIN/PA/de/HR-Reporting.pdf>

Kantonsverwaltung verschont blieb. Es scheint somit angebracht, nun auch Massnahmen innerhalb der kantonalen Verwaltungsstellen zu treffen.

Mit dem Ausbau und der Entwicklung der Informatiktechnologien, aber auch mit den bereits getroffenen oder noch zu treffenden Massnahmen (Verselbstständigung der Psychiatrie) muss die Kantonsverwaltung eine solche Reduktion des Personalbestands verkraften können, ohne ihre Organisation und ihr Leistungsangebot grundsätzlich in Frage zu stellen.

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat und der Grosse Rat haben sich in den vergangenen zwei Jahren bereits zu mehreren Vorstössen mit Forderungen nach einem linearen Stellenabbau positioniert². Die Vorstösse hatten jeweils zum Ziel, aus finanzpolitischen Überlegungen den Personalbestand zu reduzieren. Im Vordergrund stand dabei insbesondere ein Personalabbau in der sogenannten «Zentralverwaltung».

Sowohl der Regierungsrat wie auch der Grosse Rat lehnten einen linearen Stellenabbau in der Vergangenheit jeweils ab (einzige Ausnahme bildete die Motion 231-2012 Knutti [Weissenburg, SVP] «Stellenabbau in allen Direktionen», welche durch den Grossen Rat als Postulat an den Regierungsrat überwiesen wurde).

Im Zusammenhang mit den Forderungen nach einem linearen Stellenabbau hat der Regierungsrat stets festgehalten, dass für ihn im Rahmen der Erarbeitung von Entlastungsmassnahmen in erster Linie die Frage im Vordergrund stehe, welche Aufgaben, resp. welche Leistungen der Staat in welchem Umfang in Zukunft noch erfüllen, bzw. erbringen soll. Auch bei der Erarbeitung der Entlastungsmassnahmen rund um die Angebots- und Strukturüberprüfung ASP 2014 stand die Beantwortung dieser Frage im Zentrum der Arbeiten.

Für den Regierungsrat ist deshalb die im vorliegenden Vorstoss geforderte «umgekehrte Vorgehensweise», das heisst in einem ersten Schritt Stellen abzubauen und folglich in einem zweiten Schritt festzulegen, welche staatlichen Aufgaben oder Leistungen mit dem verbleibenden Stellenbestand noch angeboten werden können, nach wie vor nicht zielführend. Der Grosse Rat und der Regierungsrat werden auch in Zukunft nicht umhin kommen, beispielsweise im Rahmen von Entlastungsprogrammen jeweils konkrete Aufgaben oder Leistungen zu benennen, welche zu reduzieren sind oder auf die zu verzichten ist. Dies wird anschliessend in vielen Fällen auch zu einem Stellenabbau führen. Die staatliche Steuerung beruht darauf, dass die Erfüllung der Aufgaben und die dafür bereit gestellten Mittel gesamthaft beurteilt werden. Ein Personalabbau ohne Aufgabenüberprüfung verletzt diese Regel.

Der Regierungsrat lehnt deshalb den vorliegenden Vorstoss ab. Die Forderungen der Motion gehen im Übrigen deutlich über die in der Vergangenheit bereits diskutierten und schliesslich auch durch den Grossen Rat abgelehnten (M 237-2012 [Ziffer 1] und M 215-2013) oder in der abgeschwächten Form des Postulats überwiesenen (M 231-2012) Abbauforderungen hinaus.

Weiter weist der Regierungsrat darauf hin, dass zwar – wie durch den Motionär richtig festgehalten – zwischen 2004 und 2014 ein Ausbau des Stellenbestandes in der Kantonsverwaltung stattgefunden hat. Dieser war allerdings weitgehend politisch gewollt (u. a. bei der Kantonspolizei mit den Projekten «Police BE» und «LOBENAR» oder die Anstellung von 40 zusätzlichen Steuerexpertinnen und -experten bei der Steuerverwaltung in den Jahren 2005–2008) und fand zu einem grossen Teil gerade auch in den von der vorliegenden Motion ausgeklammerten Bereichen statt (z. B. bei der Universität, bzw. den Fachhochschulen aufgrund der stark angestiegenen Studierendenzahlen, die Aufstockung des Botschaftsschutzes, die Inbetriebnahme des Regionalgefängnisses Burgdorf oder die Einführung des biometrischen Passes bei der POM etc.). Zu einer deutlichen Stellenzunahme (rund 140 Vollzeitstellen) trug zudem auch die durch den Grossen Rat per 1. 1. 2013 beschlossene Schaffung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) im Sinne des «kantonalen Modells» bei. Gleichzeitig hat beispielsweise die Gründung der Regionalen Spitalzentren als Aktiengesellschaften im Jahr 2007 zu keinem Stellenabbau geführt, da die öffentlichen Spitäler – anders als die kantonalen Psychiatrien – nicht in die Kantonsverwaltung eingegliedert waren.

Der Regierungsrat hält abschliessend fest, dass im Sinne seiner «Finanzpolitik der ruhigen Hand» nun erstmals die zahlreichen beschlossenen Massnahmen der vergangenen Entlastungspakete, welche ebenfalls einen Stellenabbau beinhalten, sorgfältig umzusetzen sind. Angesichts der insge-

² z.B. M 237-2012 Kohler (Steffisburg, BDP) «Sparen durch Leistungs- und Aufgabenabbau», M 215-2013 Knutti (Weissenburg, SVP) «Stellenabbau in der Zentralverwaltung, anstatt auf dem Buckel der Schwächsten» oder M 231-2012 Knutti (Weissenburg, SVP) «Stellenabbau in allen Direktionen»

samt deutlich stabileren finanzpolitischen Ausgangslage erkennt der Regierungsrat zudem keine Notwendigkeit für den in der Motion geforderten drastischen und für die betroffenen Mitarbeitenden mit harten Konsequenzen verbundenen Abbau von gegen 800 Vollzeitstellen. Ein solcher wäre zudem – anders als durch den Motionär dargestellt – realistischweise nicht ohne einen erheblichen Abbau von kantonalen Angeboten und Leistungen zu bewerkstelligen. Der Regierungsrat lehnt deshalb die vorliegende Motion ab.

Der Regierungsrat beantragt:

Ablehnung

Präsident. Dieses Geschäft wurde von der März- auf die Junisession verschoben. Wir führen eine freie Debatte. Grossrat Schnegg, Sie haben das Wort.

Pierre-Alain Schnegg, Champoz (SVP). En l'espace de dix ans, le personnel cantonal a connu une inflation de presque 35 pour cent, à savoir un total de 4575 emplois plein temps, représentant une somme d'environ 460 millions par année de dépenses supplémentaires à charge des citoyennes et citoyens. Sommes-nous aujourd'hui 35 pour cent mieux servis par notre canton que nous ne l'étions dix années auparavant? Le canton de Berne va devoir faire face à des défis particulièrement importants dans les prochaines années, à savoir la révision de l'imposition des entreprises, les diminutions de la péréquation financière, les impacts économiques des turbulences actuelles, telles que euro, Grèce, etc. Ces trois points sont d'ailleurs relevés dans le communiqué de presse du Conseil-exécutif suite au résultat de l'exercice 2014. La rigueur financière demandée par le Grand Conseil porte ses fruits et il est important de continuer l'effort pour que le canton de Berne retrouve la place qu'il mérite en tant que force économique et financière. Seul un canton financièrement fort peut également offrir des prestations de qualité à ses citoyennes et citoyens.

Dans la réponse à cette motion, le Conseil-exécutif parle d'une réduction linéaire des postes, hélas la motion ne le demande pas. Elle laisse justement toute liberté au gouvernement d'analyser là où il peut diminuer le personnel administratif sans toucher aux prestations, ce qui est d'ailleurs bien spécifié dans le texte de cette motion. Il n'est en aucun cas demandé d'analyser quelles prestations pourraient être supprimées, démarche que semble particulièrement apprécier le Conseil-exécutif. Ce qui est demandé, c'est de réduire le personnel administratif et de continuer de fournir les mêmes prestations. Que diriez-vous d'une entreprise exportatrice qui, face au deuxième choc de l'euro en moins de cinq ans, proposerait à ses clients d'analyser les prestations qu'elle va supprimer pour faire face à la détérioration de presque 15 pour cent de ses ressources? Tout le monde se demanderait sur quelle planète vit cette entreprise. Aujourd'hui les industries exportatrices, le tourisme et l'agriculture d'exportation sont appelés à résoudre ce dilemme et dans des temps bien plus courts que ce qui est demandé au canton. Dans ma motion, je citais quelques changements importants dans la structure du canton. Toutes ces modifications se devaient d'impacter à la baisse le personnel de l'Etat, hélas tel ne fut pas le cas, bien au contraire! A titre d'exemple, je mentionnais le grand changement intervenu dans le cadre fiscal, avec l'arrivée d'internet. Le gouvernement répond: engagement d'experts fiscaux. Fort bien, et je ne conteste pas ces engagements, mais quelle a été la réduction de personnel suite à ces profondes modifications permettant des gains de productivité énormes? Il en va de même pour l'ensemble des autres exemples, soit la réduction du nombre de préfectures, la réduction du nombre de communes - même si le mouvement n'est pas très rapide, il s'agit tout de même de 10 pour cent - le développement des outils informatiques et d'internet, l'autonomisation des hôpitaux: à chaque fois des opportunités intéressantes de diminuer les coûts pour notre canton, à chaque fois des occasions manquées de le faire. Pour notre canton, de devoir réduire un peu la voilure, à savoir environ 5 pour cent de l'ensemble de ses collaborateurs, ne ferait que de donner un signal plus positif à notre industrie lourdement impactée. Dans le cadre du programme EOS, les mesures d'économies proposées par le gouvernement se concentraient principalement, voire uniquement, sur une réduction des prestations; jamais sur un redimensionnement de l'appareil administratif n'a été pris en compte, ce qui est fort dommage et ceci principalement pour les citoyennes et citoyens de ce canton. Vous avez été nombreux à déplorer cette situation, certains ont même essayé d'en faire un argument électoral. Aujourd'hui nous avons la possibilité d'éviter en partie de devoir diminuer les prestations du canton. Combien de ceux qui se montraient si critiques sur EOS soutiendraient-ils cette motion? En acceptant, le canton pourrait économiser environ 80 millions par année, sans devoir une fois de plus couper dans les prestations offertes. Pour toutes celles et tous ceux qui se sont lamentés de la diminution des prestations, vous avez une possibilité

importante de faire des économies, tout en restant performants. Certains estiment cette réduction bien trop importante, peu se sont offusqués d'une augmentation annuelle encore plus grande dans les dix dernières années. (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen.*) D'ores et déjà un grand merci à toutes celles et tous ceux qui par leur soutien montreront leur attachement aux prestations fournies par le canton, mais également à la maîtrise des coûts administratifs de notre canton.

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Dieser Vorstoss weist eine gewisse Radikalität auf. Er verfolgt aber auch eine Absicht, welche durchaus auf der Linie der BDP sein kann. Wir gehen – und dies kann ich vorwegnehmen – davon aus, dass der in diesem Umfang und Zeithorizont geforderte Abbau schlichtweg unmöglich ist. Deshalb können wir diesen Vorstoss nicht als Motion überweisen. Wir möchten zur ganzen Diskussion noch anmerken, dass der Aufbau von Personalressourcen letztlich ein Ergebnis der Forderungen ist, welche wir in diesem Parlament stellen. Der Kanton Bern hat seine Personalressourcen in den letzten Jahren nicht umsonst ausgebaut. Auch andere Kanton, aber ebenso der Bund bauen ihre Personalstrukturen laufend aus. Dies lässt sich nicht von der Hand weisen. Der Ausbau der Personalressourcen hat aber durchaus eine Grundlage, nämlich jene des Parlaments, von uns allen zusammen. Seit Jahren fordern wir hier drinnen ständig den Ausbau von Personalressourcen. Wir fordern hier Aufgaben vom Kanton, welche schliesslich zur Folge haben, dass man Leute zur Erledigung dieser Aufgaben anstellen muss. In letzter Zeit wurden verschiedene entsprechende Vorstösse eingegeben. Ich erinnere zum Beispiel an den Vorstoss 155-2015 von Grossrätin Speiser, «Offenlegung sämtlicher Sponsoringaktivitäten der regionalen Spitalzentren des Kantons Bern (RSZ)», oder an den Vorstoss «Transparente Auflistung sämtlicher gemeinwirtschaftlichen Leistungen» derselben Grossrätin. Ich denke auch an den Vorstoss von Grossrat Knutti «Längerfristig nur noch Schweizer Holz in kantonalen Bauten verwenden». Grossrätin Graber fordert mit einem Vorstoss die Einführung von Selbstverteidigungskursen, und ein Vorstoss von Grossrat Hess trägt den Titel und will «Mehr Rücksichtnahme auf die Gemeinden bei der Verteilung von Asylsuchenden» und so weiter und so fort. Dies sind Vorstösse, welche in der Konsequenz alle Personalressourcen für die Umsetzung erfordern. Überweisen wir diese Vorstösse, muss der Kanton letztlich die Verwaltung um die entsprechenden Stellen ausbauen. Kolleginnen und Kollegen, dass es mit dem Stellenausbau nicht wie in den letzten Jahren weitergehen kann, wissen wir alle. Wir haben auch bereits ein Postulat überwiesen, welches diesem Stellenausbau Einhalt gebieten soll. Dass es mit einer radikalen Methode zum Abbau von Personal nicht funktionieren kann, wissen wir alle auch. Ich gehe davon aus, dass es auch der Motionär weiss. Ein radikaler Abbau des Stellenetats im Kanton, ohne gleichzeitig die Aufgaben des Kantons herunterzufahren, geht aus Sicht der BDP schlichtweg nicht. Dies hätte nämlich auch zur Folge, dass ebenfalls in jenen sensiblen Bereichen Stellen und Aufgaben abgebaut werden müssten, welche die Landbevölkerung treffen. Ich erinnere an das Amt für Strukturverbesserung und Produktion oder an die Bernische Stiftung für Agrarkredite und an die Dienststelle der Inforamas im Kanton Bern – auch dort müssten diese 10 Prozent eingespart werden. Ich erinnere ebenso an die Zivilstandsämter, welche wahrscheinlich redimensioniert werden müssten, wobei ich davon ausgehe, dass diese nicht in Trubschachen oder Zweisimmen gebaut würden. Schliesslich erinnere ich auch an die Fahrzeugprüfungsstelle des Kantons. Dies sind alles Bereiche, bei denen aus dem Abbau von Stellen letztlich auch der Abbau einer Leistung resultieren würde. Ob wir dies wollen oder nicht, müssen wir hier zuerst entscheiden können, bevor wir quasi mit der «Sense»-Methode Stellen herunterfahren. Kolleginnen und Kollegen, im Namen der BDP empfehle ich Ihnen, diesen Vorstoss als Postulat zu überweisen, sofern er von den Motionären umgewandelt wird. Ein Postulat soll gegenüber Regierung und Verwaltung ein klares Zeichen setzen, dahingehend, dass wir mit dem Ausbau des Stellenetats im Kanton Bern nicht einverstanden, aber dennoch der Meinung sind, dass ein radikaler Abbau in der heutigen Zeit nicht vollzogen werden kann, ohne gleichzeitig die entsprechenden Aufgaben abzubauen.

Hans Kipfer, Thun (EVP). Kurz gesagt, fordert der Motionär eine Kürzung des Personalbestandes um 10 Prozent bis 2016. Diesem Stellenabbau widerspricht die Regierung – wie bereits gewohnt – mit dem Hinweis, wonach jeder Stellenabbau mit einem Aufgabenverzicht verbunden sei. Die EVP ist der Meinung, dass es so nicht geht! So geht es nicht mit der Motionsforderung. Denn ungeprüfte lineare Stellenkürzungen bringen unseren Kanton nicht weiter. So geht es auch nicht mit der Motionsantwort. Reduktionen im Personalbudget sind auch ohne einen expliziten Aufgabenverzicht möglich. Die EVP lehnt die vorliegende Motion ab. Nachdem wir etwas Zeit gehabt haben, hat uns

aber genau dieser Vorstoss motiviert, einen eigenen einzureichen, welcher den aus unserer Sicht richtigen Weg aufzeigt. Nach der Aufgaben- und Strukturüberprüfung (ASP) ist eine Verwaltungs- und Effizienzüberprüfung angesagt. Nach der Frage nach dem «Was», dahingehend, welche Aufgaben wir eigentlich erfüllen, soll nun die konkrete Frage nach dem «Wie» gestellt werden. Wie erfüllt die Verwaltung ihre Aufgaben, mit welchem Leistungsstandard und mit welcher Effizienz? Unsere konkrete Motionsforderung lautet wie folgt: «Der Regierungsrat wird beauftragt, Arbeitsabläufe, Standards und Effizienz in der Verwaltung mit der Zielsetzung der kostenmässigen Optimierung zu überprüfen. Er legt dazu dem Grossen Rat ein entsprechendes Projekt vor.» Wir danken Ihnen bereits heute, wenn Sie diese Forderung dereinst unterstützen. Wir sind überzeugt, dass dies der bessere Weg ist, als den hier vorliegenden Vorstoss als Postulat zu unterstützen.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Ich kann mich weitestgehend dem Votum von Samuel Leuenberger anschliessen. Während ich ihm zugehört habe, habe ich festgestellt, dass er alles gesagt hat, was ich auch sagen wollte. Deshalb verzichte ich darauf, zumal es selten genug ist, dass man fast einhellig übereinstimmt. Einfach bei der Schlussfolgerung komme ich nicht ganz zum gleichen Fazit. Dies, weil die grüne Fraktion den vorliegenden Vorstoss auch nicht als Postulat überweisen möchte. Gleichwohl möchte ich beim Motionär anknüpfen. Monsieur Schnegg, Sie haben gesagt «sans toucher les prestations». Genau dies dürfte das «pièce de résistance» sein, weil es eben nicht möglich ist. Man kann nicht 10 Prozent des Staatspersonals abbauen und meinen, dies gehe «sans toucher les prestations»! Die Angestellten des Kantons Bern – all diese Menschen, nämlich mehr als 10 000 – erbringen jeden Tag Dienstleistungen in unserem Auftrag. Es wurde erwähnt: Sie erbringen Leistungen, welche wir hier bestellen. Wir sind der Auftraggeber oder die Auftraggeberin, wir sagen, was wir mehr möchten. Auf Seite 3 der Antwort der Regierung steht sehr klar, dass wir die Police Bern beschlossen haben, ebenso die Fachhochschulen oder die Inbetriebnahme des Regionalgefängnisses. Alle diese aufgeführten Beschlüsse sind real, weil politische Mehrheiten vorhanden waren, selbst wenn einem nicht alles passt. Immerhin entspricht es einem demokratischen Willen, dass die Kantonsangestellten Aufgaben erbringen. Für die grüne Fraktion ist dieser Vorstoss aus personalpolitischer Sicht unhaltbar, er käme nämlich einer Massenentlassung gleich. Diese wäre innerhalb eines guten Jahres gar nicht umsetzbar. Bei 800 Vollzeitstellen dürfte es sich um rund 1300 bis 1400 Menschen handeln, weil der Kanton viele Teilzeitanstellungen hat. Es wären weit über 1000 Personen, welche innerhalb von anderthalb Jahren abgebaut werden müssten. Dies käme einem personalpolitischen Massenentlassungsprojekt in noch nie da gewesener Art gleich. Dies ist für die grüne Fraktion keine Zukunft für diesen Kanton. Diese Motion lässt sich in die Kategorie der «Rasenmäher-Vorstösse» einordnen, welche nicht zielbringend sind. Noch als letzte Bemerkung: Seitens meines Vorvotanten wurde gesagt, dass wir bei Vorliegen des EVP-Vorstosses zu einem späteren Zeitpunkt diskutieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu meinen, es sei nach 14 Sparpaketen noch viel Fett in dieser Verwaltung vorhanden, welches man durch entsprechende Abläufe verringern könnte, ist ein Holzweg. Diejenigen Leute, welche tagtäglich Dienstleistungen erbringen, machen dies gut. Ich sage nicht, dass es nicht doch irgendwo Optimierungsmöglichkeiten gibt. 1300 bis 1400 Angestellte durch etwas verbesserte Abläufe einzusparen, dürfte uns nicht weiterbringen. Die grüne Fraktion wird diesen Vorstoss natürlich nicht als Motion unterstützen. Aber auch das Postulat ist für uns absolut kein Weg. Wir bitten Sie, diesem Vorstoss nicht zum Durchbruch zu verhelfen.

Michael Köpfli, Bern (glp). Die Grünliberalen sind überzeugt, dass es noch möglich ist, den Personalbestand im Kanton Bern zu senken. Wir denken aber nicht, dass es zielführend ist, mit einem Vorstoss innerhalb von kürzester Zeit 10 Prozent der Stellen abzubauen und dabei vorzuschreiben, wo überall kein Abbau vorgenommen darf. Damit werden die Möglichkeiten massiv eingeschränkt. Obwohl nicht gesagt wird, in welchen Bereichen man auf Leistungen zu verzichten bereit ist, wird es nötig sein, auf gewisse Leistungen zu verzichten. Wir finden nicht, dass man solche «Vorstösli» überweisen, sondern konkrete Beschlüsse treffen sollte. Diesen Herbst haben wir eine Möglichkeit, um diesen Vorstoss fast eins zu eins umzusetzen. Dies durch den Verzicht, die Pfarrpersonen weiterhin seitens des Kantons anzustellen und indem man dies den Kirchen überlässt. Damit können wir mehrere Hundert Stellen auf einen Schlag einsparen und diesen Vorstoss dadurch umsetzen. Wir sind sehr gespannt, wie der Motionär und seine Partei im Herbst, wenn es um diese Frage geht, abstimmen werden. Damit man die nötigen finanziellen Einsparungen machen kann, muss man auch beim Leistungsvertrag, welchen man dann abschliesst, kritisch sein und sagen, dass wir tatsächlich nur die gemeinwirtschaftlichen Leistungen weiterhin über Steuergelder finanzieren und den

Rest den Kirchen überlassen. Damit wäre der vorliegende Vorstoss umgesetzt. Weil wir noch nicht sicher sind, wie es im Herbst laufen wird, sind wir nicht bereit, eine Motion zu überweisen, welche vielleicht nicht umgesetzt wird und zu einer Massenentlassung führen könnte. Dieser Vorstoss ist nicht zielführend. Die Rede war bereits von Rasenmäher und von Holzweg. Man könnte auch noch vom Holzhammer sprechen. Wir sollten unsere Finanzkompetenz selber wahrnehmen. Beim Budgetprozess sowie bei der generellen Definition von Leistungen haben wir jederzeit eine Möglichkeit, Stellen abzubauen. Dies ist der Weg, welchen das Parlament beschreiten sollte, anstatt die Verantwortung an den Regierungsrat abzuschieben. Aus diesen Gründen werden wir den vorliegenden Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat ablehnen.

Hans-Jörg Pfister, Zweisimmen (FDP). Auch die FDP ist für einen Personalabbau. Was hier gefordert wird, ist aber eine Rosskur. Wir können es nicht verantworten, in dieser kurzen Zeit derart viele Stellen abzubauen. Unter Umständen könnten die Einsparnisse mehr kosten, weil wir wegen der Kündigungen zusätzliches Geld ausgeben müssten. Denn das Staatspersonal ist nicht nach dem Schweizerischen Obligationenrecht (OR), sondern nach anderen Regeln angestellt. Es wäre wohl heikel, die entsprechenden Leute innerhalb der geforderten Zeit abzubauen. Kollege Leuenberger hat es erwähnt: Wir sind eigentlich mitverantwortlich, wenn es mehr Personal braucht. So überweisen wir auch Vorstösse, welche personalintensiv sind. Deshalb sollte man nicht sagen, der Kanton beschäftige ständig mehr Personal. Mit dem ASP-Paket haben wir ebenfalls Massnahmen getroffen, durch welche Personal abgebaut werden muss oder bereits abgebaut worden ist. Ich erinnere an die Jagdinspektorate. Dem Fussvolk wurde gekündigt, während man in der «Teppichetage» keine Massnahmen getroffen hat. Mit diesem Vorstoss würde es wohl wiederum das Fussvolk treffen. Bei den Oberen, bei welchen es einschenken würde, unternähme man wahrscheinlich nichts. Deshalb ist für die FDP eine Motion kein Weg. Sollte die Motion umgewandelt werden, sind wir bereit, das Postulat zu unterstützen. Dies, weil wir wollen, dass die Regierung den Auftrag erhält, wirklich zu prüfen, wo noch abgebaut werden kann. Ich empfehle Ihnen, das Postulat zu unterstützen, damit die Regierung einen Auftrag erhält.

Ursula Marti, Bern (SP). Für die vorliegende Motion haben wir null Verständnis. Sie ist eine Ohrfeige für Verwaltung und Personal. Sie suggeriert, dass man einfach so 800 Stellen streichen und mit den verbleibenden Leuten selbstverständlich noch genau die gleichen Leistungen erbringen kann. Die Verwaltung wird etwas blöd hingestellt, als wäre sie völlig ineffizient und müsste sich nur etwas besser organisieren und rationalisieren. So könne sie flugs 10 Prozent der Stellen einsparen. Dem ist einfach nicht so! Der ASP-Prozess hat uns allen gezeigt, dass Sparen nur über den Leistungsabbau möglich ist. Die Zitrone ist ausgepresst. Unter dem geforderten Abbau würde die Bevölkerung massiv leiden. So müsste man noch mehr Ämter aufheben und allenfalls noch stärker zentralisieren. Die Regionen hätten das Nachsehen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Grosse Rat dies will. Auch mit der Reduktion von Ämtern und Stellen ginge – beispielsweise bei den erwähnten Regierungsstatthalterämtern – die Anzahl an Fällen nicht zurück. Schliesslich muss jemand diese Arbeit machen. Allerdings käme es zu viel längeren Wartezeiten. Dies betrifft auch die angesprochene Verlagerung auf das Internet. Letztlich muss irgendjemand in einem Büro die eingetroffenen Anträge und Formulare bearbeiten. Dies hilft also nicht wirklich. Nebst dem, dass der Vorstoss völlig verkehrt aufgegleist und fahrlässig ist, ist er unlogisch und auch etwas unredlich begründet. Wir wissen nicht, welche ungewollten Effekte er auslösen würde. Es wird aufgeführt, um welchen Prozentanteil der Personalbestand zugenommen hat. Dazu ist zu sagen, dass dies mehrheitlich so gewollt und vom Grossen Rat bestellt war. Dieser Ausbau fand vor allem in denjenigen Bereichen statt, die jetzt gemäss Vorstoss vom Stellenausbau ausgenommen werden sollen: bei der Polizei, der Psychiatrie oder im Hochschulbereich. Es wird also mit dem Ausbau argumentiert, aber genau dort, wo die Ursache liegt, soll man nicht abbauen, sondern in anderen Bereichen. Dies ungeachtet der Konsequenzen und ob dies überhaupt möglich ist. Die SP schüttelt nur noch den Kopf und lehnt diesen Vorstoss klar ab.

Jürg Iseli, Zwieselberg (SVP). Die SVP-Fraktion wird diesen Vorstoss grossmehrheitlich unterstützen, jedenfalls, sofern die Umwandlung erfolgt, ganz sicher einstimmig in Form eines Postulats. Wir müssen nicht gross rechnen können. Zählt man die hier vorn gefallenen Voten zusammen, wird der Vorstoss in seiner aktuellen Form nicht überwiesen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dieser Vorstoss hat doch einen tieferen Hintergrund: Man merkt, dass ein gewisses Unbehagen da ist. Wir haben im Rahmen der ASP auf der absolut untersten Stufe gekürzt und Beiträge gestrichen, wäh-

rend man weiter oben alles beim Alten belassen hat. Man hat Schulklassen geschlossen, Schüler konzentriert und bei der Verwaltung nicht enorm viel gespart, sondern das Ganze sogar noch mit Schulleitungen und Schulsekretariaten aufgebaut. Letzthin hat mir ein im Tiefbau tätiger Kollege, der Abwasserkanäle baut, das Okay gegeben, um Ja zu diesem Vorstoss zu sagen. Er hat mir nämlich erzählt, dass ihm das Amt für Wasser und Abfall (AWA) nach 25 Jahren Kanalbaus einen Beamten als Angestellten hingestellt habe, der neu einen BVB-Auftrag hat. Es handelt sich dabei um eine Bodenverbesserungsbegleitung! Mein Kollege stellte bereits vor Jahren fest, dass die Kanalbauten so gemacht werden, dass Ober- und Unterboden wegkommen. Dafür braucht es niemanden seitens des Kantons. Die Quintessenz ist folgende: Es wird teurer, mein Kollege muss mehr Vorgaben einhalten, obwohl man schon lange bewährt vorgeht. Hier sieht man, dass es sich nicht um eine Bestellung des Parlaments handelt, sondern um eine Vorgabe der Verwaltung. Dies, weil Leute eingestellt werden, die dann für solche Aufgaben zuständig sind. Um ein Zeichen zu setzen, wäre es gut, diesen Vorstoss zu überweisen und der Regierung gegenüber Druck aufzusetzen, Personal abzubauen. Es entspricht auch unserer Meinung, dass dies mit Fluktuationen einhergehen und nicht mit grossen Entlassungen geschehen soll. Vielleicht ist der geforderte Prozentsatz etwas hoch gegriffen, das geben wir zu. Nichtsdestotrotz wird die SVP-Fraktion diesen Vorstoss auch in der Motionsform unterstützen.

Johann Ulrich Grädel, Huttwil/Schwarzenbach (EDU). Seitens der EDU sehen wir auch, dass man eher Stellen abbauen sollte. Deshalb können wir diesen Vorstoss in Form eines Postulats unterstützen, jedoch nicht in Form einer Motion. 10 Prozent auf einmal abzubauen, geht nicht. Ich denke auch, dass es Stellen gibt, die man eigentlich nicht braucht, weil sie geschaffen wurden, um uns zu kontrollieren und Vorschriften zu machen. Es ist verrückt, was alles kontrolliert wird, wenn man ein Baugesuch eingibt. Deshalb gibt es sicher Stellen, die abgebaut werden könnten. Deshalb wollen wir der Regierung den Auftrag geben, zu prüfen, welche Stellen abgebaut werden können.

Präsident. Für das Personal – hätte ich beinahe gesagt – bzw. als Einzelsprecher hat nun Grossrat Burkhalter das Wort.

Matthias Burkhalter, Rümligen (SP). Als Geschäftsführer des Staatspersonalverbands muss ich natürlich ein paar Worte sagen. Zuerst zu Samuel Leuenberger: Du hast mir mein Manuskript gestohlen und in etwa das gesagt, was ich sagen wollte. Ich kann mich aber kurz fassen. Du hast absolut richtig gesagt, dass auch das Postulat nicht angenommen werden kann. Sie können hier noch eine Motion einreichen, wonach der Mond grün gestrichen werden soll. Selbst in ein Postulat umgewandelt, bleibt die Forderung nicht umsetzbar. Ich möchte an dieser Stelle all den besonnenen Politikerinnen und Politikern danken, die Verständnis für das Personal gezeigt haben und diesem Vorstoss gegenüber skeptisch sind. Lehnen Sie diesen Vorstoss ab!

Anne-Caroline Graber, La Neuveville (SVP). Cher collègue Leuenberger, je vous remercie beaucoup de l'intérêt que vous portez à mes interventions. Vous avez mentionné une motion que je viens de déposer et qui demande l'introduction de leçons ponctuelles d'auto-défense pour les enfants à l'école obligatoire. Si vous aviez lu ma motion entièrement, vous auriez remarqué que j'ai beaucoup insisté sur la neutralité des coûts. Je pense qu'on peut faire de petites économies pour apprendre aux enfants des gestes simples, dans le but qu'ils puissent se défendre contre une agression. Ce n'est pas le moment de mener ce débat, ça viendra plus tard. Permettez-moi encore une petite remarque personnelle: déjà lors de la session de janvier, vous vous réjouissiez beaucoup d'attaquer particulièrement une motion dans laquelle je demandais plus de transparence en matière de contrôle de vitesse. Si vous continuez comme cela, j'aurai vraiment l'impression que vos attaques à mes interventions relèvent quasiment d'un sport!

Präsident. Wenn keine weiteren Einzelvotanten das Wort wünschen, hat nun Finanzdirektorin Simon das Wort.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Der Titel dieser Motion klingt etwas verführerisch (*Der Präsident läutet die Glocke*). «Mehr finanziellen Handlungsspielraum für den Kanton Bern» – dies wünschen wir uns wohl alle. Aber ehrlicherweise müsste dieser Vorstoss einen ganz anderen Titel tragen, nämlich «Abbau von 800 Vollzeitstellen». Die Folge davon wäre, dass der etwas verführerische Titel und der nett anmutende Vorstoss eher ein Mediencommuniqué mit knallharten Forderungen

gen beispielsweise einer Grossbank sein könnte, weil dann nur noch vom Abbau von 800 Stellen die Rede wäre. Liebe Grossrätinnen und Grossräte, Sie konnten es in der Vorstossantwort lesen: Sowohl das Parlament als auch die Regierung haben sich in der Vergangenheit bereits mehrmals mit entsprechenden Forderungen auseinandergesetzt, mit Forderungen notabene, von welchen keine so viel verlangte, wie dies bei der Motion Schnegg der Fall ist. Mit Ausnahme einer einzigen Motion, welche als Postulat überwiesen wurde, hat das Parlament stets sämtliche Forderungen nach einem linearen Stellenabbau abgelehnt. Dies soll nicht weiter erstaunen, denn niemand kauft gerne die Katze im Sack. Niemand beschliesst einen Stellenabbau, ohne zu wissen, wo und welche Leistungen abgebaut werden und welche Aufgaben künftig nicht mehr wahrgenommen oder nur noch eingeschränkt ausgeführt werden können. Der Regierungsrat hat bei allen in der Vergangenheit beschlossenen Entlastungsmassnahmen immer wieder betont, dass man in einem ersten Schritt die abzubauenen Leistungen und Aufgaben festlegt und, gestützt auf die entsprechenden Entscheide, in einem zweiten Schritt prüft, wie viele personelle Ressourcen noch erforderlich sind, um die vorgängig bestimmten Aufgaben erfüllen zu können. Nach diesem Credo haben in der Vergangenheit sowohl die Regierung als auch der Grosse Rat gelebt. Dementsprechend haben wir auch unsere Entlastungspakete erarbeitet. Der Regierungsrat sieht im Moment keinen Grund, etwas daran zu ändern.

Liebe Grossrätinnen und Grossräte, es ist mir ein grosses Anliegen, Sie noch über etwas zu informieren, dessen Sie sich vielleicht nicht bewusst sind. Seit Jahren haben wir ein Stellenmoratorium. Werden tatsächlich noch Stellen bewilligt, handelt es sich ausschliesslich um drittfinanzierte Stellen. Der Regierungsrat macht es sich nicht einfach, im Gegenteil: Wir nehmen das Anliegen, Stellen neu zu schaffen, sehr ernst, und wir leben danach. Jetzt in einer Hauruckübung den Abbau von 800 Stellen zu verlangen, ist nicht seriös und auch unserem Personal gegenüber nicht fair. Hinzu kommt, dass wir mit dem Beschluss des Entlastungspakets 2014 etwas für unsere bernischen Finanzen getan haben. Es ist etwas ruhiger geworden. Früher habe ich die Finanzpolitik des Kantons Bern hin und wieder mit einem Tanker verglichen. Wir hatten stürmische See und sind nun in etwas ruhigeren Gewässern unterwegs. Befindet man sich in etwas ruhigeren Gewässern, muss man nicht zwingend den nächsten Sturm heraufbeschwören, indem man etliche Leute abbauen will, sodass das Schiff nicht mehr fahrtüchtig wäre. Ich bitte Sie, sowohl die Motion als auch das Postulat – sollte es allenfalls zur Umwandlung kommen – abzulehnen. Zum jetzigen Zeitpunkt macht es keinen Sinn.

Präsident. Wünscht der Motionär nochmals das Wort? – Das ist der Fall

Pierre-Alain Schnegg, Champoz (SVP). J'espère que les eaux plus calmes puissent continuer à couler, mais rien ne nous permet aujourd'hui d'en avoir la certitude. Tout d'abord, j'aimerais mentionner que ce ne sont pas 1300 postes que je demande de supprimer, mais 800 et à titre d'information le canton renouvelle entre 1000 et 1500 personnes par année. Je crois que renoncer à 400 remplacements annuellement ne mettrait certainement pas en péril l'administration cantonale. J'ai pris note avec beaucoup d'intérêt de la position des partis bourgeois et je tiens à les remercier de bien vouloir soutenir ce texte sous forme de postulat. J'accepte, à leur demande, de le transformer en postulat.

Präsident. Sie haben es gehört: Dieser Vorstoss ist in ein Postulat gewandelt worden. Wir stimmen also über ein Postulat «Mehr finanziellen Handlungsspielraum für den Kanton Bern» ab. Wer dieses Postulat annehmen will, stimmt ja, wer es ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme als Postulat

Ja 70

Nein 67

Enthalten 4

Präsident. Der Rat das Postulat angenommen. Ich möchte kurz erläutern, wie wir weiterfahren. Am Schluss des heutigen Nachmittags steht eine Verabschiedung an. Deshalb bleibt uns noch eine knappe Stunde. Wenn wir diszipliniert arbeiten und nicht sämtliche Redezeit und Möglichkeiten

ausnutzen, können wir die nächsten zwei Geschäfte, welche gemeinsam beraten werden, jetzt noch behandeln und abschliessen.